

Neue Zürcher Zeitung

INTERVIEW

Deutscher Pazifismus: Zeitweise hatte die Schweiz mehr Panzer als Deutschland

Der ehemalige Brigadegeneral Erich Vad hat Bundeskanzlerin Angela Merkel militärpolitisch beraten. Er meint: Die Misere der Bundeswehr hat viele Mütter und Väter. Auch die Generalität habe den Weg hin zu einer nicht einsatzbereiten Armee ohne vernehmliches Murren mitgetragen.

Oliver Maksan, Berlin

46 Kommentare →

02.03.2022, 11.59 Uhr



Der frühere General Erich Vad hat Kanzlerin Merkel bis 2013 in Bundeswehrfragen beraten.

Thomas Dashuber / Laif

Herr Vad, die Bundeswehr gilt als nicht einsatzbereit. Ein gewaltiger Sonderfonds von 100 Milliarden Euro soll es jetzt richten. Wie konnte es zu der Misere kommen?

Die Ursachen liegen weit zurück. Entscheidend war das Ende des Warschauer Paktes und damit das Ende der

Blockkonfrontation. Landes- und Bündnisverteidigung galt ab da als anachronistisch. In der Folge wurde das schwere Gerät vernachlässigt. So wurde die Zahl der Kampfpanzer derart reduziert, dass die Schweiz zeitweise mehr Kampfpanzer hatte als Deutschland.

Die Politik wollte die Friedensdividende einstreichen.

So ist es. Die Wehrreformen seit dem Ende des Kalten Krieges hatten nicht das Ziel, die Bundeswehr besser zu machen, sondern billiger. Das ging auf Kosten von Personal und Material. Viele Kasernen sind einfach vergammelt. Auch die Strukturprobleme wurden nicht gelöst.

Welche?

Ineffizienz und Doppelstrukturen vor allem. Und die Bundeswehr blieb extrem stabs- und kopflastig. Wir haben sie seit 1990 von 500 000 Soldaten auf 180 000 verkleinert. Die Anzahl der Generäle und Stabsoffiziere ist hingegen leicht gestiegen.

An Reformvorschlägen diverser Kommissionen, die Armee effizienter zu machen, fehlte es nicht.

Das stimmt, aber es wurde kaum etwas davon umgesetzt. Bald kam dann die Konzentration auf die Auslandseinsätze dazu. Zusätzlich musste die Bundeswehr aus Hunderten von Standorten Personal und Material zusammenklauben, um die von der Politik

vorgegebenen Auslandseinsätze am Laufen halten zu können.

Mit der Annexion der Krim 2014 hat sich das aber verändert. Landes- und Bündnisverteidigung rückten erneut in den Fokus. Seither stiegen auch die Wehretats wieder. Dennoch gelingt es offenbar auch mit knapp 50 Milliarden Euro pro Jahr nicht, eine einsatzfähige Armee auf die Beine zu stellen. Warum?

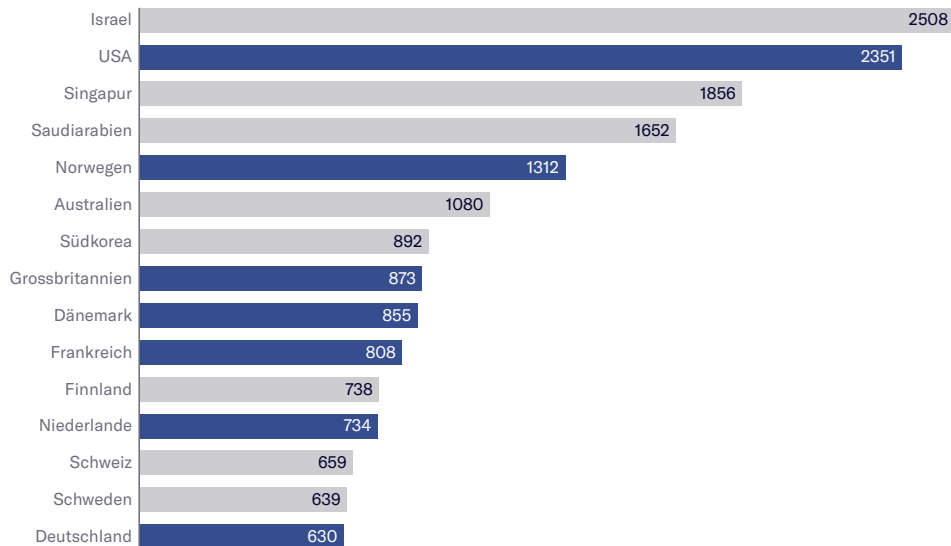
Ein befreundeter israelischer General fragte mich einmal: Wie schafft ihr Deutschen es, mit fast 50 Milliarden Euro nicht einsatzbereit zu sein? Die Israeli haben nur die Hälfte und sind Tag und Nacht startklar.

Auch Russland hat kaum mehr Wehretat.

Das stimmt, wobei in Russland die Personal- und Materialkosten niedriger sind. Insofern kann man es nicht direkt vergleichen. Aber der Ländervergleich der Wehrhaushalte zeigt, dass prinzipiell etwas schief läuft. Die Bundeswehr hat nicht nur ein Geldproblem. Die Probleme reichen tiefer. Der frühere Wehrbeauftragte Bartels sprach immer von «Verantwortungsdiffusion». Da hat er recht.

Schweizer geben mehr für ihr Militär aus als Deutsche

Militärausgaben pro Kopf in Ländern ab fünf Millionen Einwohnern (in US-Dollar), Nato-Mitglieder in Blau



Stand: 1. 1. 2021

Quelle: Sipri

NZZ / sih.

Was meinte er damit?

Beispielsweise, dass der Inspekteur des Heeres nur für die Ausbildung zuständig ist, aber nicht für die Instandsetzung des Materials, für Logistik und Beschaffung. Ausserdem haben wir eine schleppende Materialbeschaffung und erhebliche Personalnöte. Über 20 000 Stellen sind in der Bundeswehr unbesetzt. Hinzu kommt eine überbordende Bürokratie. Es gibt Erlasse bis hin zur Mülltrennung im Einsatz. Diese Regeldichte stärkt nicht gerade die Initiative. Sie fördert Absicherungsdenken und Untätigkeit.

Teilen Sie die Einschätzung des Heeresinspektors Alfons Mais, dass die Bundeswehr blank dasteht? Das hat kürzlich ja für Aufsehen gesorgt.

Jeder weiss das, und das seit Jahren! Das Heer hat maximal eine Brigade, die einsatzfähig ist, und nur begrenzte Munitionsvorräte. Wir haben eine Luftwaffe, bei der sich die Lage in den vergangenen Jahren etwas verbessert hat, in der aber auch jetzt immer nur ein Drittel der Flugzeuge startklar ist. Und wir haben eine Marine, deren Einsatzfähigkeit unter 30 Prozent liegt. Deutschland hat weniger Schiffe im Einsatz als die Niederlande.

Warum hat die deutsche Generalität nicht früher Alarm geschlagen?

Die Armeeführung hat den jahrelangen Weg hin zu einer nicht einsatzbereiten Armee ohne vernehmliches Murren mitgetragen. Unter der Spitzengeneralität überwiegt leider ein hohes Mass an Anpassungsbereitschaft. Die Bereitschaft, der politischen Führung mit Kritik gegenüberzutreten, ist gering ausgeprägt.

Welche Verantwortung trägt Angela Merkel für die Entwicklung der letzten Jahre? Immerhin stand sie sechzehn Jahre an der Spitze der Regierung. Sie haben sie acht Jahre lang beraten.

Als Angela Merkel 2005 Bundeskanzlerin wurde, war die Transformation der Bundeswehr zur schlanken

Interventionsarmee ja längst beschlossene Sache und in vollem Gange. Afghanistan stand im Fokus. Und dafür hat sie sich sehr eingesetzt. Sie reiste mehrmals auch unter persönlichen Gefahren an den Hindukusch. Ihr Vorgänger Schröder war nie da. Von Landesverteidigung war in ihren ersten Jahren nicht die Rede.

Aber mit der Krim-Annexion hat sich das dann geändert.

Das stimmt – und ab da würde ich die Altkanzlerin auch kritisieren. Es hatte trotz steigenden Wehretats für sie offensichtlich keine politische Priorität, die Ertüchtigung der deutschen Streitkräfte zu beschleunigen. Wir haben deshalb sieben wertvolle Jahre verloren. Ein Fehler der Kanzlerin war auch, zu lange in Afghanistan geblieben zu sein. Das Scheitern war früh absehbar. Die Franzosen sind schon 2011 raus. Afghanistan aber hat die Ressourcen der Bundeswehr enorm gebunden. Merkel war es wichtig, dass der Einsatz lief. Der lief auch, aber um den Preis, dass der Rest der Bundeswehr dahinvegetierte.

Welche Rolle spielten Merkels Verteidigungsminister? Sie wurden ja alle von der Union gestellt, die sich immer als Partei der Bundeswehr inszeniert hat.

Die letzten Verteidigungsminister, die ihren Laden im Griff hatten, waren der Christlichdemokrat Volker Rühe und der Sozialdemokrat Peter Struck. Danach wurde das Amt des Verteidigungsministers immer mehr zur politischen Bürde für seinen Inhaber. Und mit Ursula von der Leyen hatten wir eine Verteidigungsministerin,

die sich mehr um Kitas, kleinere Stubenbelegung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr kümmerte.

Von der Leyen wollte die Bundeswehr zum attraktiven Arbeitgeber machen. Das ist doch nicht verkehrt.

Ja, alles schön und gut. Aber attraktiv wird die Bundeswehr nur, wenn sie ihren Auftrag erfüllen kann. Sonst ist Frustration die Folge. Natürlich gab es auch gute politische Weichenstellungen unter von der Leyens Leitung. Die waren nur nicht personell, materiell und finanziell unterfüttert, eine Art Potemkinscher Dörfer, gut politisch verkaufbar, aber ähnlich weit von der Realität entfernt wie ihre Forderung nach einer europäischen Sicherheitsunion oder einer europäischen Armee heute. Aber: Wir müssen den Verteidigungsministern gegenüber auch fair sein.

Inwiefern?

Sie agieren in einer Öffentlichkeit, die der Armee mit komplettem Desinteresse begegnet. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht 2011 wurde es noch schlimmer. Seither ist die Bundeswehr aus der Fläche und aus den Köpfen verschwunden. Kasernen wurden aufgegeben. Es gibt viele Wahlkreise von Abgeordneten, wo sie nicht mehr präsent ist. Damit ist auch das politische Interesse massiv gesunken.

Das ändert sich gerade komplett. Kanzler Scholz kippt Milliarden über der Bundeswehr aus, Finanzminister

Lindner will sie zu einer der schlagkräftigsten Armeen Europas ausbauen.

Es kommt jetzt auf den Kanzler an. Man kann die anstehende Ertüchtigung der Bundeswehr nicht dem Apparat überlassen, sonst versickert das Geld in zusätzlichen Stabsstellen oder Gremien und Ämtern. Scholz muss das zur Chefsache machen. Es muss auf der strategischen Ebene klare Vorgaben geben. Die Umsetzung wird Jahre dauern. Das hat man nicht nächstes Jahr umgesetzt.

Was muss das Ziel sein?

Wir stellen derzeit eine Brigade der Nato-Eingreiftruppe. Das klappt nur, weil wir sie mit aus allen Standorten zusammengewürfeltem Material und Personal einsatzfähig machen. Das muss aufhören. Wir brauchen drei voll ausgestattete, kampffähige Divisionen. Das entspricht etwa neun Brigaden. Die Marine braucht neue Fregatten und Korvetten, die Luftwaffe einen Nachfolger für den Tornado, schwere Transporthubschrauber und vieles andere mehr. Hundert Milliarden Euro sind da eine endliche Summe. Und wir brauchen spätestens seit der Androhung Putins mit dem Einsatz von Atomwaffen die F-35 als Kampfflugzeug für die nukleare Teilhabe.

Sind Sie für die Wiedereinführung der Wehrpflicht?

Der Bundeswehr fehlen derzeit 20 000 Stellen. Damit allein lässt sich die Wehrpflicht nicht begründen, mit einer veränderten sicherheitspolitischen Lage aber

schon. Allerdings würde der Aufbau von Kreiswehrrersatzämtern viel Energie kosten. Ausserdem wären viele Ausbilder gebunden. Jetzt hat erst einmal die Erhöhung der Einsatzbereitschaft Priorität. Mittelfristig muss man aber über die Wehrpflicht neu nachdenken.

Weil?

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht haben sich Armee und Bevölkerung noch weiter voneinander entfernt. Das können wir uns nicht mehr leisten. Schauen Sie, mein Jüngster ist nach dem Abi als Einziger seines Jahrgangs zu den Gebirgsjägern gegangen, während der Rest nach Australien zum Chillen fuhr. Ich gönne jedem solche Erfahrungen. Aber der deutsche Strukturpazifismus, der darin zum Ausdruck kommt, passt nicht mehr in die neue Zeit, weil er in die Wehrlosigkeit führt. Man kann so viel Material haben, wie man will: Wenn man als Land nicht wehrhaft sein möchte, dann kann man auf Dauer keine einsatzfähige Armee garantieren.

Brigadegeneral a. D. **Erich Vad** war bis 2013 militärpolitischer Berater der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel. Heute ist der international tätige Sicherheitsexperte Inhaber der Beratungsfirma Erich Vad Consulting.

46 Kommentare

Ludwig GÄBLBAUER vor einem Tag

Natürlich haben die Generäle geschwiegen; denn wer gemurrt hat ist von den WOKEN Verteidigungsministerinnen entlassen worden! Der Fisch stinkt immer vom Kopf her! Wer kindische Ideologinnen zu Verteidigungsministerinnen macht braucht sich über den Niedergang einer Armee nicht zu wundern!

70 Empfehlungen

Norbert Eisenblätter-Wahrhausen vor etwa 24 Stunden

Den Beurteilungen von Herrn Vad, kann msn durchweg zustimmen. Und doch muss ich mich fragen, wo war ihre Stimme Herr Vad. Sie gehörten dieser Generalität doch selber an. Sie Haben die Bundesregierung beraten. Oder sind sie auch nur im Gleichschritt maschiert um ihrer Karriere willen. Es war die CDU die die militärische Infrastruktur zerstört hst. Ohne auch nur einen Ansatz einer Alternative wurde die Bundeswehr verteidigungsunfähig gemacht, bis heute. Die Soldaten der lächerlichkeit preisgegeben. Das haben sie nicht verdient. Und nach 45 jahren bin ich immer noch Stolz darauf 4 jahre gedient zu hsben. Und es waren keine verlorenen Jahre. Auch möchte ich den jetzt dienenden Soldaten meine Anerkennug ausdrücken.

43 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Passend zum Artikel

«Die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da»

24.02.2022



Deutschland und seine Soldaten: zwischen Vertrauen und Unverständnis

22.07.2021



GASTKOMMENTAR

Warum es eine nationale Rüstungsindustrie braucht

18.03.2019



Mehr zum Thema Bundeswehr >

PODCAST

Ukraine-Krieg: Deutschland rüstet auf und vollzieht damit eine radikale Kehrtwende in der Sicherheitspolitik

03.03.2022



Sonderfonds von 100 Milliarden Euro: Wofür braucht die Bundeswehr so viel Geld?

vor 3 Stunden



Waffenlieferungen und Geld für die Rüstung: SPD und Grüne erleben ihren Fukushima-Moment

28.02.2022



Weitere Themen

Deutschland

Angela Merkel

Ursula von der Leyen

Für Sie empfohlen >

INTERAKTIV

So schnell impft die Welt gegen Corona

Aktualisiert 03.03.2022

**Neue Indizien zum Ursprung des
Coronavirus – Forscher sehen den Huanan-
Markt in Wuhan als Epizentrum der
Pandemie**

vor 4 Stunden



KURZMELDUNGEN

**Kultur: Marilyn Manson verklagt Evan
Rachel Wood nach Missbrauchsvorwürfen
wegen Verleumdung**

Aktualisiert 03.03.2022

**Putin und die Ukraine: «Mit Atomwaffen
zu drohen, ist nicht bloss ein Verhalten
von Verrückten»**

03.03.2022

**Bietet der Krieg in der Ukraine eine
Gelegenheit für Xi Jinping, Taiwan
anzugreifen?**

03.03.2022



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.